

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926]

Mit der Illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Fernsprecher Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonntagen und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Hohenzollernstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich 1.80. Monatlich 55 Pfg. — Postzustellungs-Nr. 4088, letzter Nachtrag.

Die Abgabengebühren betragen für die viergepaltene Beilage oder deren Raum 15 Pfg., für Veranmeldungen, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags, spätere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 210.

Mittwoch, den 7. September 1904.

11. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Rußland und Japan.

Die furchtbare Niederlage Europais ist durch die bereits gemeldete Einnahme von Liaojang seitens der Japaner und durch die Abschneidung der russischen Mandchurien-Armee vollkommen geworden. Viele Tausende von Russen haben ihren Rückzug über den Taijefluß nicht bemerkstelligen können und sind von Europais Armee abgeschnitten. Der Versuch des russischen Generalissimus, sich nach Mukden durchzuschlagen, ist bisher von Rurol blutig abgewiesen worden. Europais Armee ist aber nicht bloß geschlagen, sie ist auch zerstreut, zertrümmert, vernichtet. Das ist das Resultat der neuntägigen Schlacht von Liaojang — ein Zusammenbruch, wie ihn schrecklicher die Kriegsgeschichte nicht kennt. Was von der russischen Armee noch übrig ist, das sind einzelne Scharen ohne jeglichen Zusammenhalt, die in toller Verwirrung ziel- und planlos in der Ebene des Liaojang-Flusses umherirren, und die nur noch die Wahl haben, ihre Waffen an ihre japanischen Verfolger oder an die chinesischen Grenztruppen abzugeben. In Petersburg haben die Nachrichten vom Kriegsschauplatz eine unbeschreibliche Aufregung hervorgerufen. Trotz strengster Zensur mehren sich die Proteststimmen, welche die Mißverwaltung und der Unfähigkeit der Heeresführer zuschreiben. Mehrere Blätter rufen zum Friedensschluß, damit das Ansehen Rußlands im Auslande nicht untergraben, und die unterjochten Volksstämme in Asien nicht zum Abfall von Rußland veranlaßt werden. Diese Blätter haben recht; einen billigen Frieden zu erlangen, das muß jetzt in der Tat die größte Sorge Rußlands sein. Dauert der Krieg fort, so könnte sich leicht das innere Rußlands unmittelbar an das äußere Jena anschließen, das es bei Liaojang erleben mußte. In Tokio herrscht erklärlicherweise unendlicher Jubel über die glänzenden Erfolge der japanischen Waffen, und die Straßen hallen wider von stürmischen Huzulen. Japan hat auch Grund zu jubeln. Denn die Schlacht von Liaojang hat bereits, wenn nicht ganz außergewöhnliche Umstände eintreten sollten, den Krieg zu seinen Gunsten entschieden. Was nützen Rußland seine Millionen von Soldaten? Zu das Gerede von dem neuen Feldzug, der im nächsten Jahre mit neuen Armeen beginnen soll, ist einfach töricht! Wo sollen sich denn diese neuen Armeen sammeln, nachdem die ganze Südmandschurei in die Hände der Japaner gefallen ist, wie sollen sie denn überhaupt in den nordmandschurischen Steppen unterhalten werden? — Wir geben nunmehr die auf die Kämpfe bei Liaojang noch eingetroffenen Meldungen in möglich chronologischer Reihenfolge wieder. Der japanische Marschall Oyama telegraphierte Sonntag nach Tokio: „Nach dem Kampf, welcher diese Nacht und heute früh stattfand, fiel uns Liaojang um 9 Uhr vor-mittags vollständig in die Hände. Unsere Verluste sollen groß sein; über die Lage am rechten Ufer des Taijeho habe ich keinen Bericht erhalten.“ Ueber die Lage auf dem rechten Taijeho-Ufer berichtet Europais selbst. Sein trostloser Bericht lautet: „Heute (Sonntag) steht ein großer Teil der Armee einschließlich des ersten sibirischen Korps südlich von der Zweigbahn, die von der Station Jantai, 17 Werst nördlich von Liaojang, zu den Gruben von Jantai führt. Die Japaner befanden sich zwar heute in unmittelbarer Nähe von unseren Truppen, beschränkten sich aber darauf, aus dem hohen Grase zu schießen. Unsere in Liaojang stehenden Truppen sehen auf das rechte Ufer des Taijeflusses über. Das Operationsgebiet der Truppen ist durchweg mit hohem Grase bedeckt, welches unsere Aktionen ungemein spürt. Der gestrige Rückzug der Abteilung des Generalmajors Orlov erklärt sich hauptsächlich daraus, daß die Abteilung von den Japanern aus dem hohen Steppengras beschossen wurde. Die Verluste dieser Abteilung sind bedeutend. Ein Regiment hat allein 1500 Mann verloren.“ Am 5. September meldete Europais alsdann dem Jaren: „Der Rückzug unserer Truppen aus Liaojang nach dem rechten Ufer des Taijeflusses wurde in der Nacht zum 5. September in Ordnung beendet. Unbedeutende Versuche des Gegners, uns zu verfolgen, wurden durch unsere Arrieregarden vereitelt. Im Verlauf des 4. September verstärkten die Japaner ihre Stellung gegenüber unserem linken Flügel, indem sie sich von den Steinohlengruben von Jantai nach Norden, wie auch in der Richtung Benfili-Mukden ausbreiteten. Wie festgestellt ist, setzten die Japaner auf das rechte Ufer des Taijeflusses westlich von Benfili über. Am 4. September setzten die Japaner auf das rechte Ufer sowohl bei Liaojang wie seiner Umgebung über.“ Ein japanischer Generalstabsoffizier äußerte sich, wie aus Tokio gelabelt wird, über den Kampf bei Liaojang: „Es ging durchaus wie bei einem

Manöver zu. Nichts wurde überstürzt. Alles wurde in Ruhe ausgeführt, wie es geplant war.“

Am 27. August begannen nach einer Reuter-Meldung aus Tschifu die Japaner den zweiten allgemeinen Angriff auf Port Arthur. Dieser wurde unter heißen Kämpfen bis zum 31. August fortgeführt. In diesem Tage zogen sich angeblich die Japaner überall zurück, außer aus Palungshan. Am 30. August wurden verschiedene heftige Angriffe auf Tschifu abgelehnt. Am 2. Septbr. um 3 Uhr morgens griffen die Japaner heftig die linke Flanke der Russen an, zogen sich jedoch um 6 Uhr morgens zurück, worauf die Beschießung wieder begann. Die Japaner feuerten namentlich von Schuschien und Palungshan, die Russen von Antschuan und Erhlungshan. Nach russischen (also sehr unzuverlässigen) Schätzungen haben die Japaner bei dem allgemeinen Angriff 8000 Mann verloren; die Russen sollen nach umlaufenden Gerüchten 3000 Mann verloren haben. In dem Geschützampfe beteiligte sich auch mitunter die Artillerie der im Hafen liegenden Kriegsschiffe.

Der Kommandant des russischen Kreuzers „Diana“ in Saigon, der bei dem Ausfall der Port Arthur-Flotte dorthin versprengt wurde, hat von seiner Admiralkität Befehl erhalten, das Schiff zu entwaffnen. Die Mannschaften der russischen Schiffe „Astold“ und „Grosoboi“ bleiben in China und werden in den Vertragshäfen, wo sich russische Konsulate befinden, wie Tientsin, Tschifu, Schanghai und Tschingtau, einquartiert. Nunmehr ist es auch, wie aus Schanghai berichtet wird, sicher, daß „Astold“ einen ungewöhnlich großen Vorrat an Munition an Bord hatte, 180 Schuß für jedes Geschütz großen Kalibers und reichlichen Vorrat für die Kleinkalibrigen Geschütze.

Eine Privatbeobachtung aus Genan meldet, daß ein heftiger Sturm die von russischen Ingenieurern errichtete Pontonbrücke über den Lumenfluß (an der koreanischen Nordost-Grenze, v. Red.) zerstört hat.

„Echo de Paris“ erfährt aus Petersburg, der Kriegsminister habe auf Ansuchen des französischen Botschafters beim General Stössel telegraphisch angefragt, wann und unter welchen Umständen der französische Marine-attaché Cuverville, über dessen Verbleib in Paris Besorgnis herrsche, Port Arthur verlassen habe.

Der russische Kreuzer „Teret“ ist in Lissabon eingetroffen.

Wie das „Bureau Reuter“ aus Tokio meldet, wurde Sonntag der Text des am 22. August in Seoul abgeschlossenen Vertrages zwischen Japan und Korea veröffentlicht. Danach verpflichtet sich Korea, einen von Japan empfohlenen Japaner als Finanzbeirat und einen von den Japanern empfohlenen Ausländer als diplomatischen Ratgeber im Auswärtigen Amt anzustellen. Alle finanziellen Angelegenheiten sowie alle bedeutenden Maßnahmen in Bezug auf die auswärtige Politik dürfen erst nach Anhören des bezüglichen Beirats erledigt werden. Die koreanische Regierung verpflichtet sich, vor Ablauf von Verträgen und Konventionen mit fremden Mächten sowie vor der Erledigung sonstiger wichtiger diplomatischer Angelegenheiten, wie beispielsweise die Erteilung von Konzessionen an Ausländer sowie andere Vertragsabschlüsse mit Ausländern, den Rat Japans einzuholen. Als finanzieller Beirat ist der Direktor des Etappenbureaus in Tokio Sasata und als diplomatischer Ratgeber, wie bereits gemeldet, Legationsrat Stevens ernannt worden.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Portofreie Sozialisten? Die „Welt am Montag“ druckt ein Schreiben eines Predigers Dr. Wallfisch aus Berlin ab, das den Herrn als den neuesten Organisator des Kampfes gegen die Sozialdemokratie erscheinen läßt. Das wäre an sich weiter nicht bemerkenswert. Aber Herr Wallfisch leistet sich in seinem Schreiben auch die Behauptung, Herr Kraetke habe ihm für seine sozialistenliterarische Korrespondenz Portofreiheit, und Herr v. Budde habe seiner Person freie Eisenbahnfahrt oder doch wesentlich ermäßigte Fahrpreise bewilligt. — Angewöhnlich handelt es sich wohl mehr um schwindselige Renommisterei des Predigers Wallfisch; immerhin aber könnte es nicht schaden, ja es ist sogar durchaus notwendig, wenn die Herrn Kraetke und v. Budde den von Wallfisch gegen sie ausgestreuten Verdächtigungen durch ein kräftiges Dementi begegneten.

Polizeigeständnisse. Wegen Verleumdung eines Polizeikentanten hatte sich am letzten Sonnabend ein Arbeiter vor dem Magdorfer Schöffengericht zu verantworten. Der Arbeiter hatte in einer Volksversammlung das ungesetzliche Vorgehen der Polizei gegenüber Streikposten kritisiert, welche Kritik der überwachende Beamte auf seine Person bezog. Als Zeuge vernommen, bekundete der Polizeikentant: „Die Streikposten sind durch ihre bloße Anwesenheit den Arbeitswilligen unbedquem, auch wenn sie die letzteren weder an-

sprechen, noch ihnen sonstwie zu nahe treten. Die Streikposten sind also eventuell nicht als Streikposten, sondern im Interesse der Bequemlichkeit des Publikums und der Sicherheit des Verkehrs von der Straße zu weisen und nötigenfalls zu verhaften. Noch in letzter Zeit hat der Berliner Polizeipräsident verfügt, daß es Ratthaft ist, die Streikposten so lange auf der Wache zu behalten, bis die Arbeitszeit vorüber ist.“ Das Gericht hielt eine Verleumdung nach § 185 des St.-G.-B. für vorliegend und verurteilte den Angeklagten zu einer Woche Gefängnis. Trotz alledem redei man noch von einer „Koalitionsfreiheit“ der Arbeiter und fordert die Einschränkung dieser „Koalitionsfreiheit“!

Die Reichstagswahl in Schaumburg-Lippe. Nach dem nunmehr vorliegenden amtlichen Resultat wurden bei der Wahl am 1. September insgesamt 7250 Stimmen abgegeben. Davon erhielt Amtsgerichtsrat Dr. Brunstermann in Stadthagen (wiltfons.) 3584, Stadtverordneter Klingenhagen in Herford (Soz.) 2192 und Dr. Crüger in Charlottenburg (Frisch. Volksp.) 1453 Stimmen. Verpflückt sind 21 Stimmen. Es ist somit Stichwahl zwischen Dr. Brunstermann und Klingenhagen erforderlich.

Ein russischer See„Heg“ der seltsamsten Art ist die Wegnahme des deutschen (Kieler) Dampfers „Thea“ gewesen. Das spricht deutlich aus dem schriftlichen Bericht des Kapitän, der am 2. September in Kiel eingegangen ist. Daraus geht hervor, daß das Schiff — Fischbänger geladen hatte. Dieser Fischbänger wurde für Kriegskonterbande erklärt! Und weil das Schiff angeblich nicht genug Kohlen hatte, um aus den japanischen Gewässern nach Wladiwostok zu dampfen, es verfügte über 120 Tonnen Kohle! — wurde es in den Grund gebohrt. Die Ent-rüstung über diesen frechen Handstreich wird höchstens gemildert durch die Einsicht in die völlige Unfähigkeit des russischen Verfahrns. Eine so intelligente Kriegführung macht die Seentiberlagen Rußlands vollkommen begreiflich. Da die russischen Kriegsschiffe es mit den Japanern nicht aufnehmen können, aber doch „Erfolge“ haben müssen, fallen sie wie tolle Hunde über friedliche neutrale Schiffe des offiziell befreundeten Deutschland her und schießen sie unter den lächerlichsten Vorwänden in den Grund. Es ist ganz selbstverständlich, daß Rußland, wenn es sich solchen Duzen der Kriegführung gestattet, ihn auch bezahlen muß. Die deutsche Regierung soll sich, wie in bürgerlichen Blättern zu lesen ist, der geschädigten Kieler Reederei energisch annehmen wollen. Sollte wirklich zur Durchsetzung so klarer Rechtsansprüche noch besondere Energie notwendig sein? — Nach der neuesten Mitteilung der Reederei des Dampfers wird übrigens die endgiltige Entscheidung in der Affäre erst im November vor dem Appellationsgericht in Petersburg erfolgen, da zeitraubende Formalitäten zu erledigen sind.

Zur Apothekenfrage. Die Ärzte mehren sich, und die Apotheken vermindern sich — verglichen mit dem Wachstum der Einwohnerzahl. Während die Zahl der Ärzte im Laufe der letzten Jahrzehnte stärker gewachsen ist als die Bevölkerung, zeigt sich bei den Apotheken eine geradezu entgegengesetzte Bewegung: im Verhältnis zur Bevölkerung ist ihre Zahl zurückgegangen. Im Jahre 1885 wurden mit Ausschluß der Zahnärzte im ganzen 15 764 Ärzte und 4624 Apotheken im deutschen Reich gezählt. Im Jahre 1903 war die Zahl der Ärzte auf 29 997, die der Apotheken auf 5579 gestiegen. Auf die Bevölkerung verteilt ergibt sich, daß 1885 auf 2279 Einwohner je 1 Arzt, auf 10 133 je eine Apotheke kam. Im Jahre 1903 kamen schon auf 1954 Einwohner ein Arzt, aber erst auf 10507 eine Apotheke. Wir wollen hier auf die sozialpolitische Erscheinung, welche diese Entwicklung für die direkt beteiligten Kreise haben muß, nicht eingehen, sondern nur auf das Allgemeininteresse hinweisen. Das aber erfordert zwingend eine Aenderung im Apothekenwesen. Nicht nur aus Bequemlichkeit für das Publikum, sondern auch im Interesse von Leben und Gesundheit der Staatsbürger, und nicht zuletzt, um sie vor der schamlossten Ausbeutung zu bewahren, ist das Apotheker-Privileg zu beseitigen und für Vermehrung der Apotheken zu sorgen. Das sozialdemokratische Programm fordert bekanntlich als wirksamstes Abhilfsmittel die Verstaatlichung bzw. Kommunalisierung der Apotheken.

Der Angekommene als Wahlagitator. Der Gemeinderat der Stadt Arnstadt im Fürstentum Schwarzburg-Sondershausen sendet alljährlich dem Landesherren namens der Stadt zum Geburtstag ein Glückwunsch-Telegramm. Auf das diesjährige haben Höflichkeit zu antworten gerügt: „Herzlichen Dank für die mir seitens der Bürgerchaft Arnstads dargebrachten Glückwünsche. Möchten die Versicherungen treuer Gefinnung sich bei den nächsten Wahlen durch die Tat bestätigen.“ — „Ängstlicherweise wird der gratulationsfrohe Gemeinderat die „Anregung“ der Durchlaucht beherzigen; aber die Bürgerchaft, in deren Namen der Gemeinderat sprechen zu müssen

glaubte, wird in ihrer großen Mehrheit den Fürsten wohl wieder betreiben. Sie wählt nämlich schon seit Jahrzehnten sozialdemokratisch und das ist bekanntlich keine „Tat“, die als Beleg von Fürstentreue und höflicher Gefinnung angesehen wird.

Die Ursachen der ländlichen Dienstoffnot werden in einer vor wenigen Tagen erschienenen amtlichen Publikation, dem Generalbericht der bayrischen Sanitätsverwaltung für das Jahr 1902, beleuchtet. In dem Abschnitt: Nahrung, wird aus allen Teilen des Landes berichtet, daß die Ernährungsverhältnisse sich in ganz bedenklicher Weise verschlechtert und daß darunter besonders die ländlichen Dienstoffoten zu leiden haben. So berichtet z. B. ein Amtsarzt aus einer der wohlhabendsten Gegenden Niederbayerns: „zunehmende Unzufriedenheit der Dienstoffoten wegen Verwendung schlechter Fette statt Butter und Schmalz zur Kost.“ Wie die Ernährung der Dienstoffoten beschaffen ist, zeigt die Tatsache, daß in einer Distriktsversammlung in Amberg einstimmig als höchster Aufwand für tägliche Dienstoffotenkost der Betrag von 40 Pfennigen bezeichnet wurde.“ Der Waffensburger Berichterstatter sagt: „von der Landbevölkerung und zwar selbst von wohlhabenden Bauern werden Butter, Schmalz und Eier verkauft, deshalb monotone, dem Bedarf an Fett auch durch den Genuß des Schweinefettes keineswegs entsprechende Kost; als deren Folge häufige schwere Verdauungsstörungen, Magenempfindlichkeit und Magenkarzinome.“ Angesichts solcher Zustände wagen es die Herren Agrarier noch, über die zunehmende Begehrlichkeit und die Landflucht der Dienstoffoten zu jammern!

Die gesamten ehemaligen Leipziger Distriktsärzte haben in letzter Zeit vor dem Ehrenrat der ärztlichen Bezirksvereine gestanden, um sich dafür zu veranlassen, daß sie die Mitglieder des Sanitätsvereins behandelt haben. Das hochwohlwollende Verfahren vor dem Ehrenrat des Bezirksvereins Leipzig, Landstraße nach der „V. Volkshaus“, mit der Beurteilung der Angeklagten zu der nach der ärztlichen Standesordnung zulässigen Höchststrafe, nämlich zu 1500 Mk. Geldstrafe und Verlust des Wahlrechts und der Wahlbarkeit auf die Dauer von fünf Jahren! In diesem Urteil prägt sich die tiefe moralische Enttäufung der honorarigen Ehrenrichter darüber aus, daß der Sanitätsverein dem Honorarigen die Behandlung der Familienangehörigen der Distriktsamtsmitglieder vor der Nase wegnahm, an denen die Honorarigen einen hübschen Bissen zu verdienen gedachten. Weiter haben die Richter das „Verbrechen“ begangen, daß sie nach wie vor die freie Arztwahl als das erbärmlichste Kassenprivileg ansehen, obwohl die Mehrheit der Honorarigen dies System über das Wohlgefallen preisgibt. Die Urteile des Ehrenrats von Leipzig sind noch unbekannt. Gegen die verurteilenden Erkenntnisse der Leipziger Ehrenräte wird natürlich beim Ehrengerichtshof Berufung eingelegt werden.

Die Frage, wer ist Engelbert Bernerstorfer? hat die „Deutsche Volkswacht“, das Organ des Bundes der Landwirte in Oberhessen, folgendermaßen beantwortet: „... Engelbert Bernerstorfer ist eine der vorzüglichsten Erscheinungen des öffentlichen Lebens in ganz Deutschland. Ein liberal, dann deutsch-national und Sozialist, wandte sich dieser politische Streber, als ihm letztere Partei zu antimilitärisch wurde, dem Schutze des Großkapitals, den Sozialdemokraten zu, von welcher Partei er auch in den Reichstag gewählt worden ist, wo er sich als einer der widerständigsten Schriftsteller hervorhob. Dieses Subjekt, früher ein Ultra-Republikan im Nationalitätenstreit, Dadaist, begab sich nun zum internationalen Kongress, wollte sagen Sozialisten-Kongress, nach Amsterdam und gebachte auf der Rückreise in Frankfurt in seiner Wohnung zu kommen. Die preussische Regierung jedoch in richtiger Erkenntnis, daß in Deutschland genug „Säpfer“ vorhanden, die dieses Handwerk aus dem Lande vertrieben, verbot sich diese Einmischung eines Fremden in ihre eigenen Verhältnisse und Bernerstorfer mußte mit langem Rückschleifen abziehen und das will bei germanischen Völkern viel heißen, denn er besitzt ein Reichthum, das eigentlich das einzig internationale an ihm ist, denn es erzählt in einer Note, die in hiesigen sozialdemokratischen Versammlungen stehende Behauptung übermäßig macht.“ Was so geht es noch ein Witzchen weiter. Bernerstorfer's Reduktion des Blattes ist ein Sergeant a. D. Adolf Wolff. Er kann jedenfalls nichts haben, ab und zu einmal die noble Form, in der die Bundesgenossen des Dr. Damm, der Grafen Rump, Kriemhild und nun wieder der „verehrten“ Sozialdemokraten gegenüber zu reden pflegen, aber Welt zu zeigen.

Gegen die „Gewalttätigkeit der Regierung“ protestieren am Sonntag die Mitglieder der verschiedenen Distriktsvereine für Landwirte in Hesse. Aus den Verhandlungen ging hervor, daß der Regierungsrath dem gesamten Verband der Landwirte schriftlich mit dem Grunde abgelehnt, weil der Verband ein Mitglied des Reichstages (eines Reichstagsabgeordneten) wählen darf. Der Vorschlag der Regierungsrath wurde als ein gescheitertes Eingreifen in die gesetzlich geschützte selbständige Verwaltung der Landwirte bezeichnet. Man wolle eine Resolution an die Regierung der Provinz anfertigen, die die Regierungsrathen bis zur Lösung der Angelegenheit suspendiert werden sollen.

Ein neuer Gefährter. Von einem Unbekannten, der bei Sachwalder Jüngerling wird der Berliner „Kriegsblatt“ gemeldet: „Der im letzten Jahre bewachte Sergeant a. D. Wolff von der 3. Kompanie des 61. Infanterie-Regiments kam einige Wochen vor 1 Uhr nach Hause. Der nachgehende, ein wenig über ein halbes Jahr bewachte Fahnenjunker Schmitt von der 5. Kompanie des 24. Infanterie-Regiments wollte ihn sprechen, wozu er nicht ganz unwillig war. Der Fahnenjunker aber, der ihn nicht sprechen wollte, sondern er ihn ungeschicklich beschimpfen sollte. Darüber war der Sergeant unwillig, und schickte er ihn nach Hause zu schicken. Er ist ein Gefährter von Sachwalder Jüngerling und hat sich mit dem Sergeant über den Kopf, so daß der Sergeant lebensgefährlich verwundet ins Lazarett geschafft werden mußte.“ — Es handelt sich also um eine getreue Wiederholung des Falles Hüffener. Auch dieser „bebauertliche Einzelfall“ ist nur ein Glied in der Kette der Kasernenräuber, die eine mit aller Menschlichkeit unverträgliche Disziplin immer wieder verursachen muß. Allerdings wird es für die Disziplin auch kein großer Vorteil sein, wenn die Herren Fahnenjunker altgedienten Unteroffizieren gegenüber ihrer Autorität in zu schneidender Weise Geltung verschaffen.

Zur Flucht der Prinzessin Louise von Koburg. Nach den letzten Wiener Mitteilungen erscheint es als sicher, daß sich die Prinzessin Louise und Matachich nicht in die Schweiz, sondern nach Frankreich geflüchtet haben. Alle telegraphischen Berichte aus den verschiedenen Gegenden der Schweiz stimmen darin überein, daß die Prinzessin nicht dort sei. Wie ferner aus bester Quelle verlautet, wurden vorläufig alle Reisebegleitungsregeln für Prinz Philipp von Koburg entlassen, wahrscheinlich auf Wink von hoher Seite, die vom Wiener Oberhofmarschallamt getroffenen Maßregeln zur Verfolgung der Prinzessin vorläufig nicht durchzuführen zu lassen. Wie der Pariser „Tempo“ meldet, hat die Prinzessin beschlossen, gegen den Prinzen Philipp von Koburg eine Klage auf Herausgabe der Mitgift von 5 Millionen anzuführen.

Kleine politische Nachrichten. Wie offiziös verlautet, sollen die Russen in nächster Zeit eine Aenderung erfahren, die geeignet ist, die von dem Handelsstand gegen einzelne Bestimmungen dieses Tarifs erhobenen und als berechtigt anerkannten Beschwerden zum Teil zu beseitigen. — Nach Meldungen aus Dresden unterhandelt die sächsische Regierung mit dem preussischen Verkehrsminister wegen Einführung von Notstandsbeschlüssen für die Industrie. Sollte Preußen sich ablehnend verhalten, will Sachsen allein vorgehen, da die sächsische Regierung einen industriellen Notstand anerkennt. — Aus Göttingen wird gemeldet: Ein Soldat des 92. Regiments wurde im Manöver erschossen. Wer die scharfe Patrone abgefeuert, ist nicht aufgeklärt worden. — Der Kongress der deutschen Badeanstalten in Dresden beschloß, an den Reichstag das folgende Ersuchen zu richten, er möge die Besizer der Privatbadeanstalten gegen die Konkurrenz der städtischen Badeanstalten schützen oder letztere entschädigungspflichtig machen. — Mit seinem Dienstgemeinschaft hat sich in Koblenz ein Unteroffizier vom 28. Infanterie-Regiment. — Das dänische Landwirtschaftsministerium hat das am 1. Februar d. J. erlassene Verbot der Ausfuhr von Kühen, Schafen, Schweinen und Ziegen aus Seeland nach den anderen Landesteilen und nach dem Auslande Montag aufgehoben. Die Verordnung tritt sofort in Kraft. — Der wegen Spionage verhaftete österreichische Generalstabsoffizier wurde auf Verlegung des italienischen Kriegsministers wieder freigelassen. — Der in Larent verhaftete Elektrotechniker Montenegro hat ein Geständnis abgelegt. Spionage getrieben und Dokumente, sowie Abschriften der geheimen Schifffahrt an eine fremde Macht verkauft zu haben. — Auf die Zustände in Marokko wirft folgender Vorfall, der dem „Reuter'schen Bureau“ aus Tanger berichtet wird, ein sonderbares Licht. Eine Karawane, die Gold von Fez bringen sollte, ist bei Alkhalama, ungefähr 25 Meilen von Tanger, angegriffen worden. Den Maulnietreibern gelang es, mit ungefähr 30000 Piastrern nach einem furchtbaren Plünderung. Ein Maulniet mit 6000 Piastrern fiel jedoch in die Hände der Räuber.

Wer laßt da? Aus Helsingfors läßt sich das Berliner Scherblatt drahten: Der Gouverneur Fürst Dvorenko sicherte einer finnländischen Deputation die Wahrung der Selbständigkeit des Landes zu. — Das sind nur wohlfeile Worte, hinter denen rein nichts steht. Nachdem der Zar die finnländische Selbständigkeit, trotz seines Eides, die Verfassung einzuführen, wegestomatet hat, bleibt nicht viel zu wahren mehr übrig.

Zum Attentat auf Plehwe erzählt die „Russische Korrespondenz“, aus unbekannter zuverlässiger Quelle, daß es einer der beim Attentat beteiligten Personen gelungen ist, in der vergangenen Woche ins Ausland zu entkommen. Von derselben, angeblich absolut sicheren Seite wird noch mitgeteilt, daß der eigentliche Attentäter Sajanow heißt. Er ist nicht, wie verschiedentlich fälschlich gemeldet wurde, gestorben, sondern befindet sich im Gefängnishospital zu Petersburg auf dem Wege der Besserung. — Seltsame Mitteilungen über das Schicksal des Attentäters, die auf der Erzählung eines Petersburger Gendarmen-Diffidors beruhen und auch eine Erklärung für das Gerücht bieten sollen, Sajanow sei im Krankenhaus gestorben, macht der Moskauer Korrespondent der „Sowjet“, „Morning Post“. Nach der Erzählung dieses Gendarmen-Diffidors sei vor etwa 14 Tagen ein Mann in der Uniform eines Gendarmen-Obersten, begleitet von einem Militärarzt und einem Gendarmen, im Krankenhaus erschienen und habe einen, vom Justizminister Murawiew unterzeichneten Befehl vorgezeigt, auf Grund dessen Sajanow, wenn er transportfähig sei, diesem Gendarmenobersten ausgeliefert werden solle. Der den Obersten begleitende Arzt unterzeichnete Sajanow und erklärte ihn für transportfähig, worauf er weggeführt wurde. Man hörte nichts mehr von ihm. Der von dem angeblichen Gendarmenobersten vorgezeigte Ausweisungsbefehl erwies sich jedoch als eine Fälschung, und die Anweisungen sind jetzt gestellt, ob man es hier mit einem Unternehmen der Fremde Sajanows zu tun hat, um ihn zu befreien, oder ob die gefürchtete „Dritte Abtheilung“ der politischen Polizei Sajanow auf diese Weise völlig in ihre Macht gebracht hat. Die Geschichte klingt aber zu oberflächlich, um glaubhaft zu erscheinen. Auch geht sie im strikten Widerspruch mit der oben wiedergegebenen Mitteilung der sicherlich gut unterrichteten „Russischen Korrespondenz“.

Die Lage der Juden in Rußland wird durch einen jüngst veröffentlichten Erlaß des Zaren einigermaßen verbessert. Der Erlaß ändert die Bestimmungen über die Aufenthaltsgrenze der Juden bis zu einer allgemeinen Revision der Judengesetze (Judenverordnungen) ab: Der Verbot, außerhalb der Städte und Flecken innerhalb der Ansässigkeitszone sich anzusiedeln, findet keine Anwendung auf Juden mit höherer Bildung, auf Kaufleute und Bankiers, auf Kaufleute der ersten Güte und deren Familien; auf Kaufleute, die 15 Jahre lang zur ersten Güte gehören, auf Grundbesitzer,

so lange sie ein Handwerk treiben, und auf verabschiedete Unteroffiziere. Diesen Juden wird gestattet, in Städten und Flecken Immobilien zu mieten, sowohl zum Wohnen, als auch zum Betreiben von Handel und Gewerbe. Juden, die eine höhere Bildung erhalten haben und unbefristet in diesen überal Handel und Gewerbe treiben. Die Juden, die, wenn auch mit Unterbrechung, zehn Jahre lang außerhalb der Ansässigkeitszone als erste Güte besteuert gewesen sind, erwerben das Recht, in den inneren Gouvernements der Stadtkommunen beizutreten, mit samt ihren Familien. Die im Reich lebenden Juden mit dem Titel Kommerzienrat und Manufakturrat dürfen mit ihren Familien in ganze Reich, auch Dörfer der Ansässigkeitszone nicht ausgeschloffen leben; Juden, welche am Krieg im fernem Osten teilgenommen, Auszeichnungen erhalten und sich im aktiven Dienst bewährt haben, dürfen im Reich leben. Durch weitere Bestimmungen wird den Juden eine gewisse Freizügigkeit gewährt, auch werden die Aufenthaltsbeschränkungen für Frauen und Kinder von Juden mit höherer Bildung ganz oder zum großen Teil beseitigt. Nur für die Grenzbezirke bleiben alle Beschränkungsbestimmungen für die Juden bestehen.

Die Aussperrung der Bauarbeiter in Budapest hat Montag begonnen. An zahlreichen Bauten wird indessen fortgearbeitet, da neun Meister mit mehreren hundert Arbeitern dem Unternehmerkartell nicht beigetreten sind. Die Maurer verständigten die Meister, daß sie geneigt seien unter den bisherigen Bedingungen fortzuarbeiten, bei denjenigen Meistern aber, welche sich an der Aussperrung beteiligten, nur gegen Minimallohn von 44 bis 60 Heller und unter Anerkennung der Vertrauensmänner, sowie bei Arbeitslohn um 5 Uhr nachmittags arbeiten werden.

Ausgesperrt wurden die Marmorarbeiter in Massacarrara. Unter den Arbeitern herrscht über diesen Gewaltakt große Erbitterung.

Der Ministerpräsident Combes hielt Sonntag in Auxerre eine wichtige politische Rede. Er kam auf die parlamentarischen Arbeiten zu sprechen und wies darauf hin, daß die Kammer vor allem über die zweijährige Dienstzeit, die Einkommensteuer und die Errichtung von Altersklassen sich zu äußern haben werde. Diesem Programm werde noch dasjenige der Trennung von Kirche und Staat angefügt. Die geistliche Gewalt habe das Konkordat zerissen, seine Absicht sei es, dasselbe nicht wieder zusammenzufügen.

Die Aussperrung der Hafenarbeiter und Seeleute in Marseille zieht immer weitere Kreise. Aus Solidarität sind nun auch die Quaiarbeiter in Toulon in den Ausstand getreten, und die Vereinigungen der Handwerker und Arbeiter in Barcelona (Spanien) haben beschlossen, sich ebenfalls anzuschließen, für den Fall, daß der Konflikt in Marseille sich auf alle Häfen des Mittelmeers ausdehnen sollte. In Gatte blieben Montag Vormittag alle Läden geschlossen. Auf den Quais ruhte die Arbeit. Die Leitung der Arbeiter empfahl den Ausständigen, sich ruhig zu verhalten, um der bewaffneten Macht keine Gelegenheit zum Einschreiten zu geben. Die Verwaltung der Schweizerischen Bundesbahnen erklärt, daß sie keine Güter Privater zur Beförderung nach Marseille vorläufig mehr annimmt.

Der Trade-Unions Kongress, der englische Gewerkschaftskongress, wurde Montag in Leeds eröffnet. 449 Delegierte, die 1 1/2 Millionen Arbeiter vertreten, sind anwesend.

Revolutionäre Armenier riefen in der Stadt Wan Unruhen hervor, bei denen 41 Mann getötet und 35 Häuser eingedacht wurden.

Der große Schlachternandstand ist nach einer Meldung des „Daily Express“ als mißlungen zu betrachten, da bereits 13 daran beteiligte Gewerkschaften beschlossen haben, Dienstag die Arbeit wieder aufzunehmen.

Mecklenburgischer Parteitag.

Zweiter Tag.*
In der Nachmittags-sitzung wird in die Diskussion über das Herzfeld'sche Referat eingetreten. Starosson warnt aus finanziellen Gründen vor der Herausgabe einer Broschüre und bittet um Annahme des Westfälischen Antrages. — Lüth ist für die Verbreitung des Vortrages durch die Zeitung. — Duncker-Lauen wünscht, daß die Zeitung, in dem der Herzfeld'sche Vortrag abgedruckt sei, mit dem Kalender zusammen verbreitet werde. — Krüger-Rostock plädiert für die Veröffentlichung des Vortrages in der Zeitung und Verbreitung desselben in Massen. — Antrick polemisiert gegen verschiedene Redner. Ferner bleibt Redner dabei, daß die Herausgabe einer Broschüre notwendig sei. Die Mittel ließen sich ohne Frage vom Parteivorstand, event. unter Anrufung des Bremer Parteitag, beschaffen. — Röß-Schwern ist gleichfalls für eine Broschüre. — Starosson weist darauf hin, daß bei einer Verbreitung der Rede durch die Zeitung und den Volkskalender die Kosten auch nicht allzu geringe sind. — Dieser Punkt endigt mit der Annahme eines von Röß gestellten Antrages auf Herausgabe einer Broschüre.
Zum Punkt „Unsere Presse“ referiert Genosse Starosson. Derselbe legt zunächst kurz die Bedeutung der sozialdemokratischen Presse in Mecklenburg dar. Der Verleger des konservativen „Rostocker Anz.“ gibt jetzt gleichzeitig auch die nationalliberale „Rostocker Btg.“ heraus. (Hört, hört!) Redner fährt lebhaft über die mangelhafte Tätigkeit mancher Berichterstatter. Zu rügen sei es auch, daß die Genossen mancher Orte ihre Vergünstigungen in der bürgerlichen Presse inferiorieren. Die Befürchtung, daß der Abonnementstand, der während der Wahlzeit um 1000 gestiegen war, zurückgehen würde, ist erfreulicherweise nicht eingetreten. Auch der Beitrag, der aus allgemeinen Mitteln für die „Volkshaus.“ gesteuert wird, ist auf ein Minimum zurückgegangen. Zwei Beurteilungen, 1 Monat Gefängnis und 50 Mk. Geldstrafe, sind seit dem letzten Parteitag erfolgt. Gegenwärtig schwebt wiederum eine

* Der Bericht über die Vormittags-sitzung des zweiten Tages befindet sich in der Beilage.

Beleidigungsklage. Geplant ist ein technischer Ausbau der Zeitung. Scharf rügt Redner, daß der Vertrauensmann des 4. Kreises sich von Berlin direkt 200 Mk. zur Kalenderverbreitung habe senden lassen.

Zur Beratung stehen folgende Anträge:

Antrag G ü r t o w: Sollte Genosse Groth durch seine Krankheit nicht mehr imstande sein, seinen Posten als erster Redakteur zu verwalten, so ist an dessen Stelle ein erster Redakteur und Genosse Starosson als zweiter zu bestellen.

Antrag D o b e r a n: „In der „Medl. Volks-Zeitung“ dürfen Inserate, welche darauf abzielen, Feste, die von den Gewerkschaften arrangiert werden, den Besuch der Gewerkschaftsmitglieder zu entziehen, nicht aufgenommen werden.“

S c h o l l ä h n = R ö b e l beantragt, daß den Berichtserstattern Postkarten mit der vorgedruckten Adresse der Redaktion der „Volkszeitung“ und frankiert verabsolgt werden.

R a s s e n = W i s m a r verwahrt sich dagegen, daß die Wismaner Genossen bezüglich der Berichterstattung ihre Schuldigkeit nicht getan haben. — R o s e = S c h w e r i n erklärt, sein Möglichstes bezüglich der Berichterstattung geleistet zu haben. — S a g e n = W a r e n geht auf die gegen den vierten Kreis erhobenen Vorwürfe ein. Er habe sich erst dann an Berlin gewandt, als der Landesvertrauensmann erkläre, er habe kein Geld zur Kalenderverbreitung. — N i c h = D o b e r a n begründet den Antrag Doberan. R r ö g e r = K o s t o c k bittet, diesen Antrag der Preskonferenz zu überweisen. Derselbe wird angenommen. — S c h o l l ä h n = R ö b e l begründet seinen Antrag. Einer Anregung Starossons zufolge wird auch dieser Antrag der Preskonferenz überwiesen. — Zur Debatte steht nur noch der Antrag Gürtow. Aus derselben heben wir hervor, daß Dieffenbach-Gürtow den dortigen Antrag begründete. Dieser Antrag wird antragsgemäß der Preskonferenz überwiesen. — In der allgemeinen Debatte treten neue Gesichtspunkte nicht zu Tage. Nach einem Schlusswort des Genossen Starosson ist dieser Punkt erledigt.

Es folgt nunmehr die Beratung über etwaige gestellte Anträge. Folgende Anträge liegen vor:

Antrag K o s t o c k: Der Landesvertrauensmann wird nicht mehr auf dem Parteitag gewählt. Der Parteitag wählt vielmehr einen Vorort, und hat dieser die Ernennung vorzunehmen und das Resultat in der „Medl. Volks-Ztg.“ bekannt zu machen.

Antrag K o s t o c k: Der Beschluß, daß der medlenburgische Parteitag alljährlich abzuhalten ist, wird aufgehoben. In Zukunft findet der Parteitag nach Bedarf statt.

Antrag D o b e r a n: Die Delegiertenwahlen zum deutschen Parteitag haben vom ganzen Wahlkreise zu geschweben und nicht, wie bisher, von einzelnen größeren Städten.

Antrag L ü b e c k: Mit Rücksicht auf das um Weibnachten herrschende Winterwetter, der kurzen Tage und schlechten Wege, beschließt der Parteitag, den Volkskalender bereits im November zu verbreiten.

Antrag H e r z f e l d = A n t r i c h: Der Parteitag beschließt: Es ist die moralische Pflicht eines jeden Genossen, monatlich mindestens 10 Pf. an die Partei zu entrichten.

Der Antrag Lübeck wird nach einer Begründung des Genossen S c h w a r z dem Landesvertrauensmann überwiesen. Der gestern bereits beraten und mitgeteilte Antrag Kostock auf Zentralisation der Partei wird abgelehnt. Der Kostocker Antrag betr. Landesvertrauensmann wird angenommen, der den Parteitag betreffende Antrag Kostock nach längerer Debatte, bei der sich auch Gen. S c h w a r z im ablehnenden Sinne und ferner dahin äußert, daß der Landesvertrauensmann eine Befolgung erhält, abgelehnt. Der Antrag Doberan wird zurückgezogen, der Antrag Herzfeld-Antrich angenommen.

Als Vorort wird Kostock gewählt.

Die Tagesordnung ist erschöpft. Nach einem kräftigen Schlusswort des Genossen K o s t o c k wird der Parteitag mit einem dreimaligen Hoch auf die Sozialdemokratie um halb 8 Uhr geschlossen.

J. St.

Schleswig-holstein. Parteitag.

Erster Tag.

P. Im festlich geschmückten Saale des „Conventgarten“ in Neumünster wurde am Sonntagmorgen, nachdem der Gen. F ü r s = N e u m ü n s t e r im Namen des Lokalkomitees die Delegierten begrüßt und von den Vereinigten Siedertafeln ein Lied zu Gehör gebracht, der Parteitag vom Gen. L i e n a u eröffnet. In das Bureau wurden gewählt: Zu Vorsitzenden L i e n a u und S t u b b e = H a m b u r g, zu Schriftführern H e i n r i c h = A l t o n a, H e r i n g = F l e n s b u r g, W i l l e r = S c h l e s w i g, P o l l e r = K i e l, W e n e r = K e u s t a d t und S t e i n f a t t = M ö l m e. Ferner wurden Mandatsprüfungs- und Abrechnungsprüfungs-Kommissionen gewählt. Alsdann erstattete L i e n a u den Bericht der Agitations-Kommission. Derselbe führte unter Bezugnahme auf den gedruckt vorliegenden und auch von uns veröffentlichten Bericht aus, daß die im Frühjahr für die Presse unternommene Agitation erfolgreich gewesen, jedoch auf dem Gebiete der Organisation noch vieles zu leisten übrig sei. Es sei Pflicht eines jeden Genossen, auch in diesem Punkte seine volle Schuldigkeit zu tun, dann würde man auch Erfolge zeitigen. Redner streifte alsdann die preußischen Landtagswahlen und kritisierte das laue Verhalten verschiedener Städte bei den Kommunalwahlen. Auch hierin müsse Wandel geschaffen werden. Pflicht der Genossen allerorts sei es, sich mit allen zu Gebote stehenden Mitteln an der Wahl zu beteiligen. Auch in der Abführung der Gelder durch die einzelnen Kreise an die Agitationskommission müsse Wandel geschaffen werden, damit die Kommission nicht dadurch in ihrer Tätigkeit eingeschränkt werde, daß sie vielleicht zu gewissen Zeiten kein Geld in der Kasse habe. Es müsse konstatiert werden, daß die Massenverhältnisse sich trotzdem gebessert haben. Die Kommission habe auch persönliche Unterstüßung den schwachen Kreisen in ausgiebigster Weise angedeihen lassen. Welche Fälle Arbeit die Kommission zu erledigen hatte, bewiesen auch die Ein- und Ausgänge der Schriftkiste. Erstere betragen 571, letztere 600. — H e i n r i c h = A l t o n a hält den Vorwurf der Kommission, daß sie nicht rechtzeitig Geldmittel zur Verfügung hatte, für unbegründet, die Kommission hätte sich nur in einem Schreiben an die besser gestellten Kreise wenden sollen und der Sache wäre abgeholfen. Dieser Ansicht schließen sich noch verschiedene Redner an, auch werden einige Irrtümer, die im gedruckt vorliegenden Bericht enthalten sind, richtig gestellt und noch der Wunsch ausgesprochen, daß der Kalender früher als bisher zur Verbreitung gelangen möge. In seinem Schlusswort erklärt L i e n a u, daß dem Wunsche bezüglich rechtzeitiger Lieferung des Kalenders entsprechen werde. Bezüglich der Einzahlung des Geldes

an die Kommission habe er keinen Vorwurf im allgemeinen erheben wollen; es soll vielmehr nur ein Ansporn für einzelne Kreise sein, daß sie sich mehr ihrer Pflicht bewußt werden und auch etwas an die Kommission abführen. Redner glaubt, daß die Kommission im allgemeinen den Wünschen aller Rechnung getragen habe. Hierauf erstattet F ü r s den Bericht der Mandatsprüfungs-Kommission, nach demselben sind anwesend 95 Delegierte, darunter 2 Genossen, 4 Reichstagskandidaten, 3 Abgeordnete, 4 Mitglieder der Agitationskommission, 1 Referent; ferner waren vertreten: Pres-Kommission und Firmenträger des „Hamb. Echo“, Geschäftsleitung und Redaktion der „Volkszeitung“. Sämtlich. Resolvente werden für gültig erklärt. Zum zweiten Punkt b richtet S r a u s e, auf den gedruckt vorliegenden Bericht verweisend über die Presse. Er erklärt sich bezüglich des Unternehmens sehr befriedigt; auch der Stand der Abonnenten habe sich gebessert. Den Flensburger Genossen sei die Vergünstigung zu teil geworden, daß ihnen seit dem 1. März die Zeitung früher zugestellt werde, als bisher. Es berichtet alsdann Gen. K o r n über die Presse. Derselbe geht eingehend auf die im Vorjahre stattgefundene Agitation für die Presse unter den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern ein, die ja als die geborenen Leser unserer Zeitung betrachtet werden müssen. Er empfiehlt, daß diese Agitation von Zeit zu Zeit fortgesetzt wird. Dem Beschluß, Anstellung eines dritten Redakteurs, sei durch die Anstellung des Genossen B e c o u r entsprochen. Redner geht auf den Antrag des 6. Kreises bezüglich Erweiterung der Presse ein und erklärt, daß diesem Antrage schon gewissermaßen Rechnung getragen sei, indem die Firmenträger beschlossen hätten, daß der „Volkszeitung“ an den Tagen, wo viel Annoncen vorhanden sind, eine Textbeilage mehr beigegeben werden soll. Redner erläutert dann noch die Taktik der Parteipresse und geht auf die Schwierigkeit ein, allen Wünschen Rechnung zu tragen. Die Redaktion werde ihre Schuldigkeit tun, möchten auch die Genossen es nicht an intensiver Agitation für die Presse fehlen lassen. Hierauf erstattet Genosse D u i s t den Bericht der Pres-Kommission; es seien neun Beschwerden eingegangen. Dieselben fanden sämtlich ihre Erledigung. Genossin Z i e g = H a m b u r g bringt eine Resolution ein, nach welcher sie die Gewinnung von Vertrauenspersonen unter den Frauen, sowie auch durch Unterstützung der Genossen Agitation für die Presse unter den Frauen wünscht. Es wurde dann von K ö h n e n = H a m b u r g die Haltung der Zeitung verteidigt; durch den Beschluß der Firmenträger sei der Antrag des 6. Kreises erledigt. Redner geht noch auf die ungünstigen Verhältnisse in punkto Presse, wie sie bei den Flensburger Genossen herrschen, ein. Die Flensburger Genossen hätten seinerzeit geglaubt, durch die Vergünstigung einen Aufschwung der Abonnenten herbeizuführen, es sei jedoch das Gegenteil eingetreten, was sehr bedauert werden müsse. Entprechend einem Geschäftsantrag von L i e n a u wurde die erste Sitzung um 7 1/2 Uhr geschlossen.

Wien und Nachbargebiete.

Dienstag, den 6. September.

Im Sozialdemokratischen Verein hielt gestern Abend Genosse S c h n e i d e r einen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag über „40 Jahre deutscher Arbeiterbewegung“. Redner schilderte eingehend die Geschichte der Partei und Arbeiterbewegung von ihren ersten Stadien bis heute. Er entrollte ein anschauliches Bild der Unterdrückungen, welche man früher und auch heute noch dieser Kulturbewegung zuteil werden läßt. Mit einer Mahnung, rege zu agitieren, damit in weiteren 40 Jahren die Arbeit endlich den ihr gebührenden Platz im Gesellschaftskörper einnehme, schloß Redner seinen Vortrag. — Die übrigen Beratungen entbehren des öffentlichen Interesses.

Wissen ist Macht! Macht ist Wissen! Man schreibt uns: Vor 3 Jahren haben sich in Lübeck eine Reihe aufgeklärter und vorwärtsstrebender Arbeiter zu einer Arbeiter-Bildungsschule zusammengeschlossen, um einerseits die Lücken unserer Volksschulbildung nach Möglichkeit auszufüllen, andererseits aber den Versuch zu machen, in Wissensgebiete einzudringen, die leider heute noch dem größten Teil der Arbeiter verschlossen sind. Die Schule hat im Laufe der Jahre schon eine recht regenreiche Tätigkeit entfaltet. So arrangierte sie Kurse in: Deutscher Sprache, Schreiben, Rechnen, Stenographie, Rede- und Gesangslehre. — Im kommenden Winterhalbjahr legt sich nun der Lehrplan wie folgt zusammen: Mittwoch: S t e n o g r a p h i e, Donnerstag: E r d k u n d e (behandelt an der Hand des berühmten Werkes: „Welt und Menschheit“), Freitag: B u c h f ü h r u n g (einfache und doppelte). Die Kurse, die im „Vereinshaus“, Johannisstraße 50/52, abgehalten werden, beginnen am Mittwoch den 21. September 1904 und währen von 8 1/2 bis 10 Uhr abends. Eintrittsgeld und monatlicher Beitrag belaufen sich auf nur je 30 Pfennig. Hierfür steht jedem Mitglied die Teilnahme an allen Unterrichtsfächern ohne weitere Nachzahlung frei. Die Kosten für Lehrmittel sind nur geringe. Anmeldungen zu den einzelnen Fächern werden am Mittwoch den 7., Donnerstag den 8. und Freitag den 9. September, abends von 8 1/2 bis 9 1/2 Uhr im „Vereinshaus“ entgegengenommen. Weitere Anmeldungen können am ersten Unterrichtsabend erfolgen, jedoch empfiehlt sich die vorherige Anmeldung. Wir geben der Erwartung Ausdruck, daß diese Kurse auch seitens der Genossen eine zahlreiche Beteiligung aufzuweisen haben. Für jeden aufgeklärten Arbeiter muß auch auf dem Gebiete des Wissens die Parole lauten: V o r w ä r t s!

Arbeitererlöse. Sechs Unglücksfälle innerhalb drei Wochen haben sich in der Fabrik von Carl Thiel u. Söhne ereignet. Es kamen dort 5 Arbeiter und 1 Klempner zu Schaden und zwar trugen sie hauptsächlich Hand- resp. Fingererlegungen davon. Sämtliche Verunglückte mußten ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen.

Mittelschulen. Zu Michaelis d. Js. wird in der Vorstadt St. Lorenz das neue Mittelschulgebäude fertig gestellt. Die Eltern, deren Kinder bisher eine der beiden bestehenden Knabenmittelschulen besucht haben, werden aufgefordert, auf dem ihnen in diesen Tagen zugehenden Formular eine Erklärung abzugeben, in welche der beiden Schulen (Glockengießerstraße oder St. Lorenz) sie ihre Kinder schicken wollen. Die abgegebene Erklärung ist für diesen Michaelisternin bindend.

Zum gerichtlichen Verkauf gelangt am 21. Oktober das Attendorferstraße 6 belegene Grundstück von H. A. G. Heyden.

Die Notlauffeuche unter den Schweinen des Fuhrers Schwarz in Dissa ist erloschen.

Handelsregister. Am 3. September 1904 ist eingetragen worden die offene Handelsgesellschaft in Firma H. Weise u. Co. in Lübeck. Persönlich haftende Gesellschafter: H. Weise und Fr. Cassens, beide Fabrikanten in Lübeck. Die Gesellschaft hat am 1. September 1904 begonnen, pb. Diebstahl. Ein hiesiger Flußhändler brachte zur Anzeige, daß ihm am letzten Sonntag aus einem an der

Obertrave, unterhalb der H. Petersgrube liegenden Flußschiffe ein fast neuer schwarzer Regenrod und eine gelbwollene, mit blauen Streifen versehene Pferdebedeckung gestohlen worden sei.

pb. Fahrraddiebstahl. Gestern Mittag wurde ein am Eingang des Postgebäudes aufgestelltes Fahrrad gestohlen. Dasselbe trägt die Marke „Beliance“ und die Polizei-Erkennungsnummer 2781; es hat schwarzes Gestell und schwarze Felgen. Die Felgen des Vorderrades sind von Holz, die des Hinterrades von Stahl.

pb. Abhanden gekommener Handwagen. In der Zeit vom Sonnabendabend bis Montagmorgen ist ein frisch gestrichener, grauer, zweirädriger Handwagen mit einer Deichsel, welcher am Behnkei aufgestellt war, verschwunden und vermutlich gestohlen worden.

Athensburg. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich hier am Sonntag. Der Heizer D i b e r t in der Bismarckallee stieg in den bisher verdeckt gemauerten Brunnen seines Hauses, um das Pumpwerk, das nicht funktionierte, zu untersuchen. Durch die angeammelten Brunnengase wurde der Mann jedoch betäubt; er stürzte in das Brunnenwasser und ertrank. Der im besten Alter stehende Mann hinterläßt eine Frau und mehrere Kinder.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. In Hamburg wurde Sonntag wiederum ein sechsjähriges Mädchen von der Straßenbahn totgefahren. — Zwei Oberländer Schiffer wurden in Hamburg hinterläßt von einem Kollegen mit einem dicken Stein auf den Kopf geschlagen. Hierbei ist dem einen Verletzten die Schädeldecke zertrümmert worden. An seinem Aufkommen wird gezweifelt. Der Täter ist verhaftet. — Durch Unterschlagungen in Höhe von circa 25 000 Mk., welche von zwei Angefallenen verübt wurden, ist die Hanseatische Bettfedernfabrik in Liquidation getreten. Die beiden Angefallenen wurden verhaftet. — Aus dem Gefängnis in Neumünster sind die beiden Strafgefangenen Werner Otto Prahl und Schiffbauer Friedrich Ernst entsprungen; beide trugen bei ihrer Flucht Unfallskleidung. Man glaubt, daß sie versuchen werden, Hamburg zu erreichen. — Auf dem Angler Bahnhof in Schleswig wurden einem Arbeiter beim Rangieren beide Beine abgefahren. Er verstarb bald darauf. — Ein Großfeuer ächerte in Marnitz neun Gebäude, und zwar von Mengel, Holz, Bornholt und Jahnke, total ein. Auch die beiden Armenhäuser sind vernichtet. 9 Familien sind obdachlos. Man vermutet Brandstiftung. — Das 14-jährige Mädchen Johanna Ostrowski in Wismar stürzte am Sonnabendmorgen beim Fensterputzen auf die Straße und erlitt außer einem Arm- und Beinbruch schwere Verletzungen am Kopf.

Wilhelmshaven. Militärjustiz. Vor dem Oberkriegsgericht der Nordseeformation hatte sich der Torpedobootsmaat Walter von der 2. Torpedo-Abteilung wegen Mißhandlung Untergebener in 297 Fällen zu verantworten. Dem Angeklagten war die erste Ausbildung der jungen Matrosen auf dem Torpedoschulboot S 15 anvertraut, er mußte während der Dauer von 3 Wochen die jungen Leute soweit seemannisch ausbilden, daß sie vorgestellt werden konnten. In einer Etappe dieser Ausbildung, also während 3 Wochen hat der Angeklagte an der kleinen Befragung eines Torpedobootes nicht weniger als 297 Mißhandlungsfälle verübt. Ein Matrose Lucas erhielt nicht weniger als 50 Ohrfeigen und Tritte mit den schweren Seemannstiefeln, ein anderer 25 Ohrfeigen und Tritte, ein dritter etwa 30 uim. Walter liebte es u. a., bei der Instruktion an Bord die Mannschaften, die seine Fragen falsch beantwortet hatten, vorziehen zu lassen und dann rechts und links zu ohrfeigen. Nebenbei ging es auch bei den Signalübungen zu. Ohrfeigen, Püffe und Tritte mit dem schweren Seemannstiefel standen auf der Tagesordnung dieser Ausbildungszeit. Der Angeklagte entschuldigte sein Benehmen damit, daß die ihm anvertraute Mannschaft ganz besonders seunüchtern gewesen sei, auch sei sein Nervensystem durch einen schweren Dienst in den Tropen, sowie auch durch diesen schweren Ausbildungsdienst völlig zerrüttet. Das Kriegsgericht der 2. Marineinspektion verurteilte ihn, wie i. St. auch berichtet, wegen dieser Straftaten zu insgesamt ganzen 3 Monaten Gefängnis. Gegen dieses Urteil legte er noch Berufung an das Oberkriegsgericht ein, die den ungeahnten Erfolg zeitigte, daß der Angeklagte wegen seiner 297 Mißhandlungsfälle zu 6 Wochen Mittelarrest verurteilt wurde. In der Begründung des Urteils wurde u. a. ausgeführt, die Mißhandlungen seien als minder schwere Fälle anzusehen, einen dauernden oder vorübergehenden Schaden an seiner Gesundheit habe keiner der Geschlagenen erlitten. Ferner sei als strafmildernd aber erwogen worden die schwere und Beratung des Dienstes sowie der krankhafte Zustand des Angeklagten. Dies kennzeichnend sei aus dieser Verhandlung noch hervorgehoben, daß Walter bei falscher Ausführung seiner Befehle vor Mut die Fäuste halte und mit den Füßen trampelte. Seine Züchtigungen nahm er meistens mit grinsendem Gesicht vor. Der ärztliche Sachverständige erklärte dies als überreizten Nervenzustand ohnmächtiger Mut, ebenso wie der Angeklagte vor Mut gegrinst hätte, hätte er vor Mut heulen können. Und so ein Mann bleibt noch weiter Vorgelegter?

Letzte Nachrichten.

Brandenburg. Gasexplosion. In der Militärwachstube der hiesigen Strafanstalt ereignete sich dadurch, daß ein Mann des Wachtkommandos eine undichte Stelle der Gasleitung abdeckte, eine heftige Gasexplosion; mehrere Soldaten wurden verletzt.

Neuruppin. Lustmord. In dem Walde bei Franzenborn wurde am 3. September die 13-jährige Ida Zurler mit durchschnittenem Halse tot aufgefunden.

Neustettin. In den Flammen umgekommen. Ein bei einem Feuer, das mehrere Gebäude einschloß, mit Rettungsarbeiten beschäftigter Mann namens Beyer kam in den Flammen um.

Spandau. Die hiesige Zitabelle wurde von einem Brand heimgesucht, der die Kriegsbäckerei zerstörte und bedeutende Vorräte an Proviant vernichtete.

Berlin. Aus der Besten der Welten. Montagmorgen wurden der Grüntrahndler Gahbitz und seine Frau in ihrer Kellerwohnung im Norden Berlins durch Leuchtgas betäubt aufgefunden. Die sofort angestellten Wiederbelebungsversuche hatten nur bei dem Manne Erfolg. Der schlechte Gashergang scheint die Leute zu der Tat veranlaßt zu haben.

Essen (Ruhr). Risiko der Arbeit. Auf dem Schacht Stertrabe wurde dem Bergmann Bethesbed durch einen zu früh losgehenden Sprengladung der Kopf vom Rumpfe getrennt. In Osterfeld stürzten drei Maurer vom Baugerüst ab. Einer ist tot, zwei sind tödlich verletzt. — Ein großer Heide- und Moorbrand ist bei Breden (Reg. Münster) ausgebrochen.

Recklinghausen. Infolge Genusses giftiger Pilze sind nach der Recklinghauser Zeitung am Sonntagabend in Recklinghausen-Bruch acht Personen erkrankt, von denen inzwischen bereits drei im Krankenhaus gestorben sind.

Gechingen. Von Einbrechern ermordet. In Carlsthal bei Haigerloch wurde nachts in einer Fabrik ein Einbruch verübt und der Nachtwächter ermordet. Der Täter ist entkommen.

Kopenhagen. Ein furchtbares Drama hat sich Sonntagmorgens hier abgespielt. Der Journalist Gustav Esmann ist von seiner Geliebten erschossen worden. Esmann hatte sich von seiner Frau getrennt und mit einer Studentin ein Liebesverhältnis angefangen. Diese hat ihn nun mit einem Revolver von der Schlafkammer aus in den Hinterkopf geschossen, so daß er sofort tot war. Darauf brachte sie sich selbst so schwere Verletzungen bei, daß sie nach wenigen Stunden starb.

Chabarowka. Eine Goldmine entdeckt. Auf der Stadt gehörigen Gebiet ist eine Goldmine entdeckt worden. Die Untersuchung wird energisch betrieben.

Marseille. Zu einem blutigen Handgemenge kam es in der Nacht zum Sonntag in einem Vorort zwischen zwei Banden von Strolchen, die in einen Tramswagen eindringen wollten. Die Strolche feuerten Revolverkugeln gegen einander ab; zwei von ihnen wurden getötet, mehrere verwundet. Auch ein Reisender trug schwere Verletzungen davon.

London. Eine Pferdepauke. In der Nacht zum Sonntag brach in dem Wandervergeland von Essex eine Pauke unter den Pferden aus, als eines der Tiere erschossen wurde. Circa 700 Pferde stürzten durch das Zeltlager der schlafenden Soldaten, von denen viele verletzt wurden.

Der größte Teil der Tiere rannte durch die Stadt und rannte gegen den Stacheldraht, wobei viele schwere Verletzungen davontrugen; andere liefen in die See. Die Zahl der getöteten und verletzten Tiere ist noch nicht festgestellt. 80 bis 100 werden vermisst.

New York. Brandkatastrophe. In der Morrenstraße, im Osten New-Yorks, dem Armenviertel, hat Sonntag eine Brandkatastrophe in einer jener Mietskasernen, die hunderten von Personen kärgliche Unterkunft gewähren, schwere Opfer gefordert. 14 Personen kamen ums Leben, und 25 haben nach den bisherigen Meldungen mehr oder minder schwere Verletzungen erlitten. Unbeschreibliche Szenen ereigneten sich während des Brandes; in ihrer Todesangst drängten Männer rettende Frauen und Kinder zurück, so daß sich unter den Toten ausschließlich Frauen und Kinder befanden. Die Verunglückten sind sämtlich russische Juden.

St. Louis. Bei einem Zusammenstoß von Straßenbahnwagen mit einem Eisenbahnzuge an einer Straßenkreuzung wurden Sonntagabend sieben Personen getötet und 25 Personen verletzt.

Quittung.

Für den Preßfonds gingen ein:
Bau Stadthalle 21,49 Mk.
Friedr. Meyer u. Co.

Briefkasten.

S. Pflicht des Mieters.

Arbeiter! Eure Pflicht ist's,

Bei jeder Gelegenheit aller-

Orts Eurer Zeitung

Neue Leser einzuführen;

Nur dann ist die Presse

in der Lage, ihr Ziel zu er-

reichen; mit Erfolg einzu-

treten für das Proletariat.

Pflichtig und unerwartet entriß uns der Tod unseren lieben Sohn

Willy.

Dies betrauert von seinen Eltern, Geschwistern und allen, die ihm nahe standen.

Kermann Trost und Fran,

Abele, geb. Diekeritz.

Lübeck, den 6. September 1904

Beerdigung am Freitag den 9. Septbr., vorm. 10 Uhr, von der Kapelle des Allgem. Gottesackers.

Beginn der Trauerfeier 9 1/2 Uhr.

In der kurzen Zeit von 14 Tagen entzieten nach kurzer schwerer Krankheit ihrer Eltern liebe Kinder

Frieda und Käthe

im Alter von 8 Monaten bzw. 5 1/2 Jahr.

Dies betrauert von

C. Schlichting und Frau,

geb. Straßer.

Verband d. Fabrik-, Hand-, Hilfs-
arbeiter u. Arbeiterinnen Deutschl.
Zahlstelle Stockelsdorf.

Nachruf.

Am 4. September starb unser Kollege

Carl Bohnhoff

im Alter von 81 Jahren.

Ehre seinem Andenken.

Die Beerdigung findet Mittwoch den 7. September, morgens 9 1/2 Uhr, statt.

Um rege Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Verein
Stockelsdorf u. Umgegend.

Nachruf.

Am Sonntag den 4. Sept. d. J. verstarb unser Mitglied

Carl Bohnhoff-Mariental.

Ehre seinem Andenken.

Die Beerdigung findet am 7. d. M. Mitt. vorm. 9 1/2 Uhr vom Trauerhaus aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Für die vielen Beweise der Liebe u. Teilnahme durch Kommilitonen bei dem Begräbnis unseres lieben Bundes- und Kameraden Herrn **Otto Richter**, sagen wir allen Verwandten, Freunden des Familien Kreises und Kameraden, sowie den Angehörigen des Bundes-Verbandes unsern aufrichtigen Dank

Familie Künzel.

Beerdigung.

Für rege Beteiligung und Teilnahme bei der Beerdigung unseres lieben Bundes- und Kameraden Herrn Herrn **Karl Koch** ersucht die Verwandten, Freunde und Kameraden um rege Beteiligung

Familie Koth.

Am Sonntag den 1. Oktober eine Etage, Küche und Keller zu vermieten

Stockelsdorf 17.

Am 1. Oktober zu vermieten eine Wohnung Kleine Petersgr. 11

Eine Zweibettwohnung m. Zub. zu vermieten Preis 140 Mk.

Kleine Petersgr. 5.

Am 1. Oktober eine kleine Wohnung zu vermieten

Grabe Carstraße 2

Ein möbl. Zimmer zu vermieten

Stockelsdorf 48.

Ein Logis zu vermieten

Wiederstraße 41.

Eine freundliche Wohnung

2 Zimmer und Zubehör, an ruhige Mieter zum 1. Oktober abzugeben. Preis 190 Mk. Näheres Friedenstraße 66.

Gesucht zum 1. Januar von Leuten ohne Kinder eine Wohnung im Preise von 160—170 Mk. in der Nähe von Burgtor.

Df. u. M D an die Exp. d. Bl.

Zum 1. Oktober von kleiner Familie eine Wohnung gesucht von 2 Stuben, Küche nebst Zubehör im Preise bis 180 Mk., nahe der Schwartauer Allee. Df. u. W F an die Exp. d. Bl.

1000 Mk. in ein gut verzinsbares Haus gesucht. Ang. u. M B an die Exp. d. Bl.

Guterh. Ladenlampe zu kaufen gesucht. Dasselbe junge Lege- und Schlachthühner billig zu verkaufen. Nordensstraße 22

Ein ganzer Jahrgang „Die illustrierte Welt“ ist billig zu verkaufen oder zu verlaufen. Engelstraße 55, I

Ein kl. 4- od. 2-rädriger Handwagen zu kaufen gesucht.

Df. u. B B 32 an die Exp. d. Bl.

Fortzugshalber ein Haus mit kl. Krämerlei sofort oder später zu verkaufen.

Df. u. M P 6 an die Exp. d. Bl.

Verloren am Sonnab. 1 Spazierstock
Abzugeben gegen Belohnung
Große Burgstraße 21.

Ia. Kronsbeeren

täglich frisch
Verhand in Kisten und Körben.

Ludw. Hartwig

— Obertrave 8. —

Siliale: Untertrave 69.

Achtung!

Empfehle von jetzt an jeden Mittwoch und Sonnabend in der Markthalle, Stand 24:

Prima Kalbfleisch,
Lamm- u. Schweinefleisch
zu den billigsten Tagespreisen.
Alb. Hidde.

F. G. T. O.

Guttempler ☐ Lübeck Nr. 59 tagt jeden Dienstag abends 9 Uhr in „Hasso's Gesellschaftshaus“, Johannisstraße 25.

Wir empfehlen unseren Parteigenossen:

Ferdinand Lassalle's Gesamtwerte.

Elegant in 2 starken Bänden gebunden für den billigen Preis von
Mk. 10.—

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.
Johannisstrasse 50.

Gesellschaftshaus Adlershorst.

Großes Scheibenschießen
mit Ball und Damenvergnügen
am Mittwoch den 7. September ds.
Von 4 Uhr an: Großes Konzert. Abends: Ball u. italienische Festnacht.

Schulschreibhefte

in allen Liniaturen — genau nach Vorschrift
empfiehlt die
Buch- und Papierhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstrasse 50.
Bestellungen nehmen auch unsere Kolporteurs u. Anträger entgegen.

Achtung Arbeiter!

Wir machen hiermit darauf aufmerksam, daß in den Lokalen von **Schiering, Travestrand, Moisling Krause Ww., Moislinger Baum, Jürgensen, Hohenstege, Hamburger Bier** verzapft wird.

Die Zahlstelle des Brauereiarbeiter-Verbandes.
Die Kartell-Kommission.

Gelegenheitskauf. Fahrräder

ein größerer Posten, feinste Qualitätsmarken, welche teils durch längeres Lagern leicht beschädigt, teils mangels Zahlung zurückgegeben worden sind, gebe zu billigen Preisen ab. Tadellose kräftige Tourenräder schon von Mk. 60 an. Neue Räder Mk. 6 50 an! Late: neu Mk. 1 80 an Schläuche " 3 50 " " " 0 30 " prima Qualität.

Sämtliche Reparaturen, Emaillierung, Vernickelung in eigenen Werkstätten wie bekannt schnell, billig und gut.

O. Störzner, Süßstraße 54.
Schlosser und Mechaniker. Fernspr. 1278.
Ferner empfehle billige aber gute Nähmaschinen, Wollwäschmaschinen, neu, großartig bewährt, Rangeln und Bringmaschinen.
Geschäftsprinzip: Immer besser und billiger.

Brantleuten
empfehle mein großes Lager in
Möbeln,
Spiegeln
und
Polsterwaren
von guter dauerhafter Arbeit.
Carl Folkers
Möbelmagazin,
25 Harlesgrube 25.

Achtung Werstarbeiter!

Mitglieder-
Versammlung
am Mittwoch den 7. Septbr.
abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/53
Der Vorstand.

Achtung Maurer!

Mitglieder-
Versammlung
am Mittwoch den 7. Septbr.
abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/53
Tages-Ordnung:
1. Der Lohn- u. Arbeitszeittarif.
2. Antrag betr. Extrabeitrag.
Zu dieser Versammlung sind die Fadenburger Kollegen besonders eingeladen.
Der Vorstand

Der Zehnstundentag für Arbeiterinnen.

Soll wirklich und endlich ein kleiner, zaghafter Fortschritt im deutschen Arbeiterschutz gemacht werden? Bürgerliche Blätter wußten dieser Tage bekanntlich regierungsoffiziös aus Berlin mitzuteilen, daß die Verkürzung des seit 1891 gesetzlichen Maximalarbeitstages für Arbeiterinnen in Fabriken von elf auf zehn Stunden als Bundesratsvorlage an den Reichstag gelangen werde. Der Reichskanzler hat bekanntlich 1899 und später nochmals auf Beschluß des Reichstags eine Umfrage über eine Verkürzung der Arbeitszeit der gewerblichen Arbeiterinnen veranstaltet. Die hierauf von den Gewerbeinspektoren erstellten, meist sehr umfangreichen Berichte sind im Reichsamt des Innern einer Prüfung und Bearbeitung unterzogen worden. Sie bilden die Grundlage für eine Denkschrift, die dem Bundesrat zugehen und in der die Frage der allgemeinen Einführung eines zehnstündigen Maximalarbeitstages für die gewerblichen Arbeiterinnen erörtert werden soll. Die eingelassenen Gutachten zeigten zwar, so heißt es, daß die Ansichten über eine „so tiefgreifende“ Verkürzung der Arbeitszeit noch vielfach stark auseinandergehen und daß in den Kreisen der Arbeitgeber die „Bedenken“ dagegen „weit überwiegen“. Die Mehrzahl der Gewerbeinspektoren habe trotzdem (!) schließlich, namentlich aus Gesundheitsrückgründen, eine Verkürzung der Dauer der Arbeitszeit der gewerblichen Arbeiterinnen befürwortet und darauf hingewiesen, daß eine solche bereits in vielen Industriezweigen ohne wesentliche nachteilige Folgen eingeführt sei. Man dürfe annehmen, daß sich die Denkschrift des Reichsamts des Innern in der Hauptsache auf denselben Standpunkt stellen werde.

Also vorläufig nur eine Denkschrift des Reichsamts des Innern an den Bundesrat! Das ist herzlich wenig aber wir ewig „Unzufriedenen“, wie uns der Philister bezeichnet, sind so natürliche Kerle, daß wir bei aller Kritik auf der einen Seite jede auch noch so schwache sozialpolitische Leistung auf der andern Seite gern annehmen und festhalten und verteidigen gegen diejenigen, die noch nicht einmal so weit gehen wollen. Was der Philister als Schwäche unserer Bewegung ansieht, ist bekanntlich gerade ihre Stärke und Vielseitigkeit. Wir treiben durch unsere unerwünschte Kritik das faule Wesen vom kapitalistischen Staat vorwärts und errichten in der Arbeiterorganisation die Macht, welche selbst Reichskanzler zwingt, sich dort zu bewegen, wo sie am liebsten ruhen möchten.

Den Zehnstundentag hat schon unser erster Schweizerischer Arbeiterschutzgesetzentwurf für den Reichstag von 1867 gefordert, und zwar auch für männliche Arbeiter, 1877 verlangte eine 12köpfige Fraktion für Männer zehn, für Frauen acht Stunden Maximalarbeitstag, 1885 wiederholten unsere Vertreter diese Anträge, 1890 schlugen sie die allmähliche Verkürzung des Zehnstundentages bis 1898 auf acht Stunden für alle Arbeiter vor, jedenfalls aber den Zehnstundentag des Zehnstundentags für Arbeiterinnen, und als auch diese Rücksichtnahme nicht gewürdigt wurde, entsand uns unsere Fraktion, 1897 den Achtstundentag für alle Arbeiter parlamentarisch zu fordern. Eine letzte Resolution unserer Abgeordneten, die 1903 auf den Zehn- bzw. Neun- und Achtstundentag zurückgriff, wurde am 24. März vom Reichstag mit allen gegen unsere Stimmen abgelehnt. So lange kämpfen wir schon für den Zehnstundentag als Mindestforderung! 1867 wurden wir ausgelacht und verhöhnt, 1903 sah sich die mächtigste Partei im Reichstage das Zentrum, angesichts der bevorstehenden Wahlen genötigt, unseren Antrag auf allmählichen Übergang zum Zehnstundentag mit einem eigenen Zehnstundentag zu parieren, und jetzt will sich auch das Reichsamt des Innern wenigstens für Arbeiterinnen zu Gunsten des Zehnstundentages aussprechen! Die Mühle der sozialen Entwick-

lung mahlt langsam, aber sicher, und das Mehl daraus fällt der Sozialdemokratie in den Schoß, weil sie immer im Interesse der gequälten Proletarier geschoben und gedrängt hat.

An der Langsamkeit des Fortschrittes hat das Zentrum namentlich seit 1899 die Hauptschuld. Und eine Episode besonders soll ihm jetzt, da unsere Mühe endlich von einigem Erfolg gekrönt zu sein scheint, nicht geschenkt werden. Bei Besprechung der Regierungsfrage von 1899 im Reichstage (Januar 1901) forderte unsere Fraktion das Zentrum auf unserem Zehnstundenantrage zuzustimmen. Die Partei der christlichen Barmherzigkeit machte aber nichts als Ausflüchte, obgleich selbst Graf Posadowsky erklärte, „wir brauchen keine neuen Erhebungen.“ Welcher Augenblick hätte für die katholischen „Arbeiterfreunde“ günstiger sein können, um mit einer energischen Aktion einzusetzen! Das fiel den Bachem, Trimborn, Dasbach und Genossen aber gar nicht ein. Im Gegenteil. Sie mußten wohl hinter den Kulissen auf den Grafen Posadowsky direkt hemmend eingewirkt haben. Denn als im Januar 1902 unser Fraktionsredner wieder die Verkürzung der Arbeitszeit forderte, erklärte dieser Reichsminister für Sozialpolitik in vollem Gegensatz zu 1901, es müßten noch einmal Erhebungen angeordnet werden — und das geschah 1903. Da aber die Wahlen vor der Tür standen, wartete das Zentrum das Ergebnis der Erquete, die es selbst verlangt hatte, dennoch nicht ab, sondern brachte bei den Staatsdebatten im Februar 1903 ganz plötzlich doch eine Resolution, daß die Fabrikarbeit aller Arbeiterinnen nur 10 Stunden dauern soll, und Herr Trimborn gab dabei auch noch zu, daß eigentlich schon nach der Umfrage von 1899 zwei Drittel aller Arbeiterinnen den Zehnstundenantrag hätten und nur das letzte Drittel in der Textilindustrie noch elf Stunden fronde! So spielte die fromme Partei mit den Arbeiterinteressen je nach der Geschäftslage, pardon Wahlkonjunktur! Die katholischen Frauen sollten die Moral daraus lernen.

Von einer „tiefgreifenden“ Verkürzung der Arbeitszeit durch den Zehnstundentag, von welcher der Regierungsoffiziöser der bürgerlichen Blätter spricht, kann natürlich gar keine Rede sein. In Frankfurt a. M. z. B. hat eine verdienstliche Erquete des Gewerkschaftssekretärs aus dem Jahre 1901 ergeben, daß nur eine Buchbinderei und ein Postamentengeschäft Frauen noch über 10 Stunden arbeiten ließen. Sonst betrug in solchen Geschäften, sowie in Buchdruckereien, Portefeuilfabriken, Tabakfabriken und den anderen Frankfurter Betrieben, für die noch weibliche Arbeit in Frage kommt, der Arbeitstag bereits 8—10 Stunden. Auf dem flachen Lande mag's schlimmer sein, da mag der neueste Arbeiterschutz wirklich etwas Besserung bringen. Auch in Krimmichau und am Niederrhein sind noch Arbeitszeitanwünsche für Frauen abzuschneiden, wie uns neueste Vorkommnisse zeigten. Stelle doch die Regierungserquete fest, daß in Aachen „die harte Not des Lebens noch fünf über 75 Jahre alte Greisinnen zur Fabrikarbeit zwingt“. Das Zentrum hat diese Opfer der heutigen Ausbeutung immer nur widerwillig zu schätzen versucht, die Sozialdemokratie kämpft für sie seit beinahe 40 Jahren, und wenn wir jetzt endlich den Zehnstundentag für Arbeiterinnen trotz der noch immer „überwiegenden Bedenken der Arbeitgeber“ erhalten, die sich der Offiziöser anzuführen nicht scheut, so wird nur etwas eingeführt, was der seit 2 Jahren verstorbenen beste deutsche Fabrikinspektor, Dr. Wörzhofer in Baden, bereits Mitte der 90er Jahre als dringlichste und leicht zu verwirklichende Arbeiterschutzforderung bezeichnete.

Mecklenburgischer Parteitag.

Zweiter Tag.

Um 8 1/2 Uhr eröffnete Genosse Erdbeer die Sitzung. Es wird in den 4. Punkt der Tagesordnung: Die Landarbeiterfrage in Mecklenburg, Referent Genosse Dr. Gerfeld-Berlin, eingetreten. Derselbe betont einleitend, daß die gestrigen Debatten ihm den Beweis

geliefert hätten, daß man sich ausschließlich mit der Agitation in den Städten beschäftigt hat. Zweifellos habe man sich auf das heutige Referat verlassen. Nach der Volkszählung im Jahre 1900 seien in beiden Großherzogtümern 1831 Gemeinden mit ca. 607.700 Einwohnern zu verzeichnen gewesen. Von diesen 1831 Gemeinden aber hätten nur 43 mit 281.000 Einwohner städtischen Charakter. In Mecklenburg-Strelitz seien 329 Gemeinden vorhanden. Nur acht Gemeinden seien städtisch, von denen wieder nur 3 über 5000 Einwohner hätten. Fasse man das zusammen und rechne von den Einwohnern der Städte unter 5000 die Hälfte als Landarbeiter, so ergäbe sich, daß 2/3 der gesamten Bevölkerung Mecklenburgs Landarbeiter seien. Deshalb müsse die Parole der Sozialdemokratie lauten: „Auf das Land“. Das Land sei bisher von der Agitation nicht genügend berücksichtigt worden. Und trotzdem eigne sich gerade das Land ausgezeichnet zur Agitation. Schrotter denn je träte hier der Klassen Gegensatz zu Tage. Nunmehr gibt Nedner einen ausgezeichneten geschichtlichen Ueberblick über die Entwicklung der bäuerlichen Verhältnisse in Mecklenburg und schildert eingehend das Bauernlegen zum Zwecke der Akkumulation des Grundbesitzes. Erst im Jahre 1862 sei ein Gesetz, durch welches das Bauernlegen verboten wurde, erlassen. Es waren aber bereits alle Bauern in den Rittergütern gelegt. Noch heute wüßten sich so manche Bauern zu erinnern, daß ihre Väter dem Bauernlegen zum Opfer gefallen seien. Im Domanium habe man allerdings aus leicht erklärlichen Gründen eine andere Politik eingeschlagen. Die Bauern auf dem Domanium seien die Leibeigenen der „Herren“ gewesen, deshalb brauchte man hier keine Bauern zu legen. Im Jahre 1808 schlugen die Herren die Leibeigenschaft aufzuheben. Die Ritter aber lehnten das ab. Erst im Jahre 1819 sei die Leibeigenschaft abgeschafft worden. Die Ritter brachten die Leibeigenschaft nicht mehr. Jetzt legten sich die Herren auf den sogenannten Bauernschutz, der natürlich gleichfalls im Interesse der „Herren“ lag. Zur Landarbeiterfrage übergehend, weist Nedner darauf hin, daß die Arbeitgeber die Gerichts- und Polizeiherrn waren. Die Arbeiter waren auf Gnade und Ungnade ihrem Herrn überliefert; sie durften nicht von einem Domanium zu andern ziehen; sie waren gebunden. Erst mit Errichtung des Norddeutschen Bundes wurde die Gewalt Herrschaft aufgehoben. Die Erinnerung hieran habe der Sozialdemokratie das Feld gebüht. Die Einführung des freien Arbeitsvertrages brachte für die Arbeiter aber auch nach mancher Richtung hin keine Erleichterung. Die Folge war die kolossale Auswanderung nach Amerika. Diese Auswanderung entvölkerte das platte Land; aber sie habe auch mit dazu beigetragen, die Lage der Landarbeiter etwas zu heben. Als das Deutsche Reich kam, da wurde das Los der Landarbeiter infolge der Freizügigkeit wiederum etwas gebessert. Die Gewerbefreiheit brachte die Entwicklung der Industrie und schuf Platz für die der Bedrückung entliehenden Landarbeiter Mecklenburgs. Es sei also nicht der Gnade des Gutsbesitzers zuzuschreiben, daß für die Landarbeiter etwas bessere Verhältnisse geschaffen worden seien. Die Junker hätten, wenn es ihnen auch gut ginge, niemals etwas für die Landarbeiter getan; das beweise die Geschichte. Daraus könne man ersehen, weshalb ein elendes Gerede es sei, wenn behauptet werde, mit dem Steigen der Getreidepreise durch Jölle verbessere sich auch die Lage der Landarbeiter. Ein Landarbeiter in der Nähe von Neubukow habe ein baares Jahreseinkommen von 149 Mk. Dafür aber habe er auch noch die Pflicht, einen Hofgänger zu stellen. Um diesen Hofgänger zu erhalten, müsse der Tagelöhner noch etwa 70 Mk. jährlich von seinem Lohn abgeben. Das gesamte Einkommen des Tagelöhners stelle sich auf 73 Mk. jährlich. Das sei aber noch im Durchschnitt hoch, denn die Regierung setze nur ein Durchschnittseinkommen von 540 Mk. fest. Die Baar- ausgaben des Mannes belaufen sich für eine sechs-köpfige Familie, sowie für den Hofgänger auf 366,40 Mk. Er erhalte aber nur einen baren Lohn von 149 Mk.; mithin müsse er von seinen Naturalien z. B. vieles verkaufen, nur um den Lebensunterhalt zu haben. Um leben zu können, muß der Tagelöhner Frau und Kinder mitarbeiten lassen. Viel schlechter stehe es noch mit den Deputatnechten. Und noch schlechter sei es mit den Einliegern bestellt. Die Landarbeiter seien gezwungen, an Sonntagen für sich zu arbeiten; darunter leide die Frömmigkeit nicht. Als aber

Die Hosen des Herrn von Bredow.

Nom. von Willibald Alexis (W. Häring).

(7. Fortsetzung.)

So sprach's im Busch und so im Baum zu Hans Jochem, und er stand wie eingewurzelt und hörte noch nichts von dem Dornerweiser. Mit der einen Hand nestelte er am Gurt und mit der andern streichelte er die schönen Karmesinpuffen. Da flüsterte ihm wieder etwas ins Ohr: „Tu' sie los, lieber Hans Jochem, tu' sie los, es tut nicht gut. Ach, heilige Agnes, da ist sie schon,“ seufzte die kleine blaue Agnes.

Es kommt nicht, zu viele Ungetwitter zu malen, nicht für den Maler, nicht für den Dichter. Wer immer Sturm und Nacht vorbringt, von dem meint man wohl, daß er das liebe Sonnenlicht nicht extrage und vor der stillen Luft sich fürchte.

Und wir haben noch von so vielen Unwettern zu erzählen.

Also, es hatte gedonnert und gewettert, und wer denkt sich nicht wie, der unsere Frau von Bredow kennt, und wie ein Kornfeld mit geknickten Ähren standen sie blaß umher und ließen die Köpfe sinken. Nun hatte sich Frau Brigitte umgesehen, wer dem Krämer nachreiten sollte, und ihr Auge fiel auf Hans Jochem. Der ist nicht der schlimmste, dachte sie, er ist von gutem Blute.

Wie sollte Hans Jochem aufs Pferd! Der konnte nicht reiten, das sagte der erste Blick; aber rasch hatte die Edelfrau nach dem nächsten sich umgesehen, der's konnte: „Hans Jürgen!“ Hans Jürgen ward auch blutrot, und er hatte doch keine Bluderhosen an. Eva sah erschreckt die Mutter an, die auch rot war, aber vor Zorn „Auf's Pferd!“ Wo stand auch gleich ein gefatteltes Pferd bereit? Ein Körnergaul trabt dem andern am besten nach.

Hans Jürgen mußte auf das Tier ohne Bügel und Sattel. Alt war es und hochbeinig und mehr Knochen als Fleisch, und ein Ritt war es, der durch Mark und Nieren ging. Zu arderer Zeit hätten sie aus Herzenslust gelacht; wer sich aber fragte, ob er lieber Hans Jochem war, der zurück blieb, oder Hans Jürgen, der fort mußte, beneidete heut' den armen Hans Jürgen, den der Gaul in die Lüfte warf.

Eine dunkle Wetterwand war im Abend aufgezogen. Sie stieg höher und höher; ein verätherischer Wind streifte über die Haide und regte die Wipfel der Bäume. Zu anderer Zeit hätte meine Frau von Bredow, deren scharfem Auge nichts entging, das anziehende Unwetter längst gemerkt und sie würde, wie der Schiffskapitän rasch und kurz ihre Befehle ausgeschrien haben, die Segel einzuziehen, die Böcke und Ballen zu schnüren, um das Schiff nach dem Hafen zu steuern. Aber die beste Frau bleibt eine Frau. Die Beichte im Walde, das Geräch im Lager, sie die Richterinnen und vor ihr der arme Sünder, das war zu viel innerer Sturm, um auf die Zeichen des Sturmes draußen acht zu haben.

Es trifft sich wohl, wo viele sündigten, daß Gericht und Strafe wie Gewitterwolken über die Häupter der Schuldigen fortrollen, um einzuschlagen auf einen armen Sünder, der den geringsten Teil der Schuld trägt. War Hans Jochem so arg, wie die Frau ihn schalt, so war er darin wenigstens noch unverbodnen, daß er sein Schuld-bewußtsein nicht zu bewähren wußte; es stand auf seiner Stirn geschrieben und sein kreideweiß Gesicht sagte zu allem ja, als die Waje ihm seine Eitelkeit und Hoffart in Worten zu lösen gab, die wie Hagel auf eine Fensterscheibe klirrten.

Er wußte sich nicht zu verteidigen, er verwirrte sich in seinen Worten, wie seine Hände in den Schlingen des Sackes, den er durchaus nicht los kriegte. Er hatte das Prachstück gewollt und auch nicht gewollt, aber Agnes

Bredow trat plötzlich als seine Advokatin auf. Das stille Mädchen ward zur Rednerin. Ihr Vetter hatte es nicht getwollt, verächtete sie, durchaus nicht getwollt, aber der Krämer hatte es ihm angetan; er hatte sich gestraubt, aber er hatte sie anprobieren müssen, und da saßen sie ihm fest, man wußte nicht wie. Selbst hatte sie's gesehen, wie er die Schnallen und Binden geschlossen, der schlimme Mann, und durch's Herz war's ihr gefahren, wie es da aus seinen Augen geblüht. O es war ganz gewiß, daß ihr armer Vetter besprochen war, und der Beweis dafür war zu deutlich, daß er noch jetzt den Bund nicht los kriegte.

Eva sah verwundert ihre Schwester an, wie ihre Augen glänzten: „Und er ist verzaubert! Ich laß mir's nicht nehmen!“ schloß Agnes und sah sich nach Hilfe um, wobei ihr Blick fast bittend auf dem Dechanten haften blieb. Der zuckte die Achseln, und meinte, daß allerdings einige in Berlin meinten, wie es mit dieser Mode, die aus den Niederlanden herüber gekommen, nicht seine Richtigkeit habe, und von Dämonen wissen wollten, die in diesen zerhackten und zerstückelten Ungetümmen saßen, um des Menschen Sinne zu beirren, wie er indes in solchen weltlichen Dingen zu wenig Erfahrung habe, um darüber zu entscheiden. Peter Melchior, der sich sehr in den Hintergrund gedrückt hatte, gab auch jetzt sein Wort dazwischen, es sei ihm sehr wahrscheinlich, er habe dem Hedderich nie getraut. Der Knecht Ruprecht nicht bedeutungsvoll mit dem Kopfe, die Großmagd Anne Surlanne schrie und weinte über den gottlosen Baderer, und der Dechant, der sich in die allgemeine Stimme fügte, zuckte wieder die Achseln und erklärte sich wohl bereit, wenn der Bund nicht aufginge, durch einen gehörigen Exorcismus die bösen Mächte zum Weichen zu bringen; aber Frau Brigitte meinte: „den Exorcismus überlaß mir!“

Mit einem Rud von ihren kräftigen Händen war es geschehen, der Gurt gerissen. Da aber die Riterriemen noch fest verschnallt waren, fiel die ganze Wucht der fünfzig zer-

